

Freiwillige Unfall-Versicherung
nach Maßgabe der anliegenden Bedingungen, Entgelt
täglich, Monatlicher Beitragssatz 4,00 Mk., dieselbe wird bezogen
bezogen vierteljährlich Mk. Falls mir in der vorangehenden
oder zukünftigen der Leistung gehindert bin, hat der Versicherer
keinen Anspruch auf Vollerstattung oder Nachversicherung des
Erlages oder auf Rückzahlung des Beitragsbetrags.

48. Jahrgang

Zur Welle regt sich infolgedessen ein Unmut, der Simonisten angenommen hat von denen, man sich „oben“ gar keine Vorstellung machen zieht man in Betracht, daß ferner im Laufe auch über den Lebenswandel einzelner „Großen“ der Sechziger wenig erbauliche Geschichten kursieren, die vielleicht zum Teil übertrieben sein mögen, — wobei, wenn das letztere der Fall sein sollte, doch wiederum die Regierung verpflichtet wäre, durch vollkommene Aufklärung der Wahrheit zum Siege zu verhelfen — so wird einem die gänzliche Unzufriedenheit der Massen des deutschen Volkes verständlich werden.

In Bayern ist man so weit, daß man bringend ein Gesetz fordert, das jeden Fall von Hunger- und Schiebertum mit dem Tode bestraft! Das bayerische Handelsministerium hat sich bereits genötigt gesehen, der Reichsregierung Vorschläge zur Bekämpfung der hungerlosen Preistreibe rei zu machen. Es ist an der Zeit, daß auch in Norddeutschland der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen wird. Die Hungererichte haben verfaßt. Es ist jetzt Sache des Volkes, die Regierung, die doch eine Volksernährung sein will, zu zwingen, einen erbarmungslosen Kampf, gegen die Ausbeutung des deutschen Volkes aufzunehmen. Dieser Kampf ist die wichtigste Aufgabe unserer nächsten Zukunft. Ohne ihn keine ständige Wiedergeburt, ohne ihn — kein Aufrichtg Deutschland.

Obst-Krawalle auf den Marktplätzen gegen die hohen Preise von Gemüse und Obst werden aus einer ganzen Reihe von deutlichen Gründen bethätigt. Solche Zwischenfälle sind ja wohl zu erklären, aber besser ist es schon, diese Gewaltthaten unterbleiben, und die Preisprüfungen geseien greifen energisch ein, wenn gütliche Ermahnungen erfolglos bleiben. Daß die hohen Preise ja vielfach doch noch höher sind, als die reuerteuten Unkosten, ist schließlich nicht in Abrede zu seisen.

In Dsnabrück, wo es, schon wiederholt zu Anrufen kam, fanden erneute Zusammenrottungen statt. Die Menge wandte sich gegen das von der Einwohnerwehr besetzte Gefängnis und verbrachte es zu stürmen. Gegen die das Gefängnis haltende Einwohnerwehr wurde mit Steinwürfen vorgegangen. Da die Wange mehrmaligen Aufforderungen zum Auseinandergehen nicht folgte, wurden mehrere Schüsse abgefeuert, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Hierauf gelang es in kurzer Zeit, den Platz vor dem Gefängnis zu räumen. Später trat völlige Ruhe ein. Ueber die Lebensmittelpawalle wird weiter gemeldet: Das große Vielesampische Hof- und Geflügelgeschäft wurde vollständig ausgeräumt. Das Buchhaltische Geschäft wurde gezwungen, alle Eier zu 1 Mark das Stück abzugeben. In zahlreichen anderen Lebensmittelschäften wurde es ähnlich gemacht. Der Schuhwarenhandler Marius mußte beschreiben, am Montag jedem Bedürftigen ein Paar Schuhe zu geben. Man drohte damit, auch aufs Band zu ziehen, um der Dänern die Häuser anzufreden. Ueber die Vorgänge in der Dsnabrücker Aktienbrauerei wird folgendes berichtet: Gegen 5 Uhr nachmittags wurden von der angesammelten Menge die Türen zu den Kellern geöfnet, in denen die städtischen Fleischvorräte lagerten. Die Menge suchte herauszuholen, was herauszuholen war. Erst sollte das Fleisch verkauft werden zum Preise von 3 Mk. das Kilo. Wie dann aber der Regen mit dem Fleisch herantam, blieb es nicht dabei. Bis zur Hälfte des Vorrates wurde verkauft und alles übrige wurde ohne Bezahlung genommen, denn schließlich begnügte sich die Menge nicht mehr mit dem, was verkauft wurde, sondern ging selbst in den Keller und holte Schinken und Speckseiten heraus. Das Militär trat zu spät ein, um den Schaden zu verhüten, dessen Umfang sich noch nicht überblicken läßt. Als die Menge von neuem vorging und die Situation kritisch wurde, gaben die Soldaten gegen 11 Uhr mit der Maschinengewehr Schrägflüsse ab, worauf die Massen auseinanderzogen.

Neuen Stoff zur Erregung haben in der letzten Zeit auch noch die zehnprozentigen Steuerabzüge vom Lohn gegeben und vereinnahmt. Landarbeiterschaft geführt, die jetzt in der ersten Zeit besonders verhängnisvoll sind. In Pomern haben sich Landarbeiter geweiht, eine Steuerakt anzulegen, weil sie knecht sind, was in den meisten Fällen auch zutrifft. Die ländlichen Arbeitgeber aber sind nach dem Gesetz verpflichtet, zehn Prozent auch in diesen Fällen einzubehalten, die die Landarbeiter sich nicht abgeben lassen wollen. Sie werden damit vom Landarbeiter-Verband unterstützt und wollen die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis ihnen Lohnzulagen in Höhe der Steuer bewilligt worden sind. Obgleich hat die Landarbeiterschaft des Großes Querschnitt erklärt.

(W) Der Saupfischfresser der „Daily News“, Gardiner, hebt in seinem neuesten Aufsatz über die Ergebnisse seiner Studienreise in Deutschland hervor, daß trotz aller Plends der Geist des deutschen Volkes ungebrochen in der Wille, durch Arbeit und Sparsamkeit allmählich wieder hochzukommen, allgemein sei. Gardiner fährt fort: Die Ernährungsfrage hat die Erinnerung an den Krieg ausgeblüht. Es wird wenig von Noth geredet. Selbst Erbitterung vorhanden ist, richtet sie sich gegen die Franzosen. Englische Offiziere und Beamte in Deutschland waren es, die mir gegenüber die Tat als verurtheilt, daß Deutschland noch immer als ein Ausgessener behandelt werde. Ein englischer Militär tadelt die Unterwerfung der englischen Politik unter die kriegsgerichtlichen Verbrechen des französischen Chauvinismus. Ein hervorragender englischer Beamter in Deutschland sagte: „Ist der Krieg zu Ende, oder geht er weiter? Die Propaganda des Hasses entspricht nicht unseren Lebensbedingungen.“ Am Schluß des Aufsatzes spricht Gardiner die Ueberzeugung aus, daß in der englischen Politik wie in der Stimmung des englischen Volkes, eine Wendung zum Besseren eintreten würde, wenn man sich statt von einer böswilligen einheimischen Presse von englischen Offizieren und Beamten beraten lassen wolle, die in Deutschland tätig sind.

Aus Süddeutschland, insbesondere aus Bayern, liegen in jüngerer Zeit Nachrichten vor, die von einer immer mehr und mehr aufsteigenden Bewegung gegen Wucher- und Schiebertum, Ausbeutung und Auszug des deutschen Volkes durch in- und ausländische Händler erzählen. Diese Bewegung, die nach all dem, was bisher bekannt geworden ist, zu einer Volksebewegung im wahren Sinne des Wortes zu werden verspricht, sollte aus in Norddeutschland nicht unbeachtet bleiben. Denn es muß offen gesagt werden, daß die Zustände in Norddeutschland viel schlimmer als in Süddeutschland sind. Vergessen wir doch nicht, daß gerade Berlin das Eldorado nicht allein der inländischen Schieber und Wucherer, sondern auch ihrer ausländischen Freunde und Genossen ist, die sich hier an der Schree so unerschrocken ausführen, daß man nur mit Staunen, die sagen hört — „Silberzeit“ — der Reichsregierung gegenüber diesen unbilligen Zuständen bemerken kann. Trotz aller Versprechungen und Versicherungen ist gegen Wucher- und Schiebertum — das ist die tiefste Ueberzeugung weiser Volksereise — von den arbeitgebenden Stellen nicht mit der Energie vorgegangen worden, die gerade von all denen mit Recht erwartet wurde, die sich über den Unfang des Schieber- und Wuchererums usw. ein einigermaßen zutreffendes Bild machen konnten.

Gegenwärtig ist folgender Zustand charakteristisch: In der Presse erscheint eine Nachricht, in der in allen Einzelheiten eine bestimmte Person — mitunter werden sogar gewisse Begüterungen, fassen nahebestimmte Vermögensgegenstände — einer Revolution- oder Kriegesuma beschuldigt — eine Verurteilung beschuldigt wird. Davor wird ohne wichtiger Gewinn irgendein Unternehmens Verlust, das zu einem hohen Preis Lebensmittel für das deutsche Volk einführt, steht; den Unternehmen fließen Gewinne in die Taschen fließen. Andere Nachrichten wiederum beruhen von Beschuldigungen von Heeresgut, von geheimnisvollen Verschwinden von Fliesenverarbeiten, die nicht selbst bringen benötigen im Ausland. Auf all diese Anfragen erfolgt von Regierungseite ein wieder kein Antwort oder eine völlig ungenügende Antwort.

Die größten Schwierigkeiten bei den Verhandlungen in Boulogne bestehen nicht darin, eine Einigung zu erzielen hinsichtlich der Höhe der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme, sondern sie bestehen einzig darin, daß Frankreich die von Deutschland bezahlten Beträge seinerseits verwerten kann. England weigerte sich bisher, die von Deutschland aufzunehmenden Goldfonds oder die Internationale Anleihe als Zahlungsmittel anzuerkennen, d. h. es stimmt dem Vorschlage Frankreichs nicht, zu die Anleihen Frankreichs in England durch einen Teil der Deutschland auferlegten Entschädigungsverpflichtungen als gedeckt anzusehen. Nun hängt aber die gesamte Finanzwirtschaft Frankreichs in der nächsten Zeit davon ab, daß es sich seiner Schulden England gegenüber entledigen kann. Da es aus eigenen Mitteln nicht imstande ist, England zu bezahlen und England auf der rechtzeitigen Bezahlung durch Frankreich besteht, wie auch Amerika auf der rechtzeitigen Einlösung der England und Frankreich geliehenen Beträge beharrt, so droht Frankreich eine schwere Finanzkrise, je langsamer die holländische Zulassungen

hinlänglichen Schuldner anerkennt. Die fortwährenden Veräusserungen der französischen Presse und der französischen Staatsmänner, daß Frankreich bei der Bezahlung durch Deutschland in erster Linie berücksichtigt werden müsse, weil es mit den erhaltenen Schutten jezt gestärkt in Provingen aufbauen müsse, sind nichts als Spiegelreiter. Frankreich braucht Deutschland einzig und allein, um England zu verdrängen, weil es so wieder kreditfähig zu werden hofft und bei den Neutralen oder selbst in Amerika auf neue Anleihen rechnen zu dürfen glaubt.

(W) Sabas gibt über die Ausrüstung von Boulogne, die gestern mittag zu Ende ging, folgendes offizielles Communiqué aus: Die Frage der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme und deren Verteilung unter die Alliierten ist aufs neu geprüft worden. Es ist entschieden worden, daß die französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen sich in Paris verschießen, um unter Zugrundelegung dieser Prüfungen verbindliche gemeinsame Vorschläge zu machen, die den Alliierten, die sich am 2. 7. in Brüssel wieder vereinigen werden, am endgültig, für Einverständnis für die Konferenz von Spa festzulegen, unterbreitet werden sollen. Die gleiche Frage, betreffend die Entwaffnung ist dahin entschieden, daß die von den militärischen Sachverständigen vorgeschlagenen Texte angenommen wurden. Sie beziehen sich auf den Besitz des verstärkten Kriegsmaterials und auf den Zeitpunkt, zu dem die Fabrikation von Luftschiffmaterial wieder aufgenommen werden kann. Auch die Abhängigkeit der Klausel betreffend die Kohlenfrage ist von den französischen Delegierten erneut zur Sprache gebracht worden. Endlich ist bestimmt worden, daß die Verhandlungen, die in London mit den britischen Delegierten geführt werden sollen, fortgesetzt werden, da es sich nicht um die Frage der Anerkennung der Solowjetregierung handelt.

Gründungen: 1. Die Regierung noch gerichtet werde, kündigt Zwangsmaßnahmen im Falle der Nichtanführung der militärischen Klauseln an, ohne allerdings über die Maßnahmen zu sprechen. Man könne aber glauben, daß es sich um neue militärische Besetzungen handeln werde, wie die Konferenz

In den geistigen Nachmittagsstunden konnte eine Sitzung über folgende Programmpriorität erzielt werden: Die dringendste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Ihn auf dem Boden der bestehen der republikanischen Staatsform tatkräftig zu fördern, ist ein einheitlicher und ernstlicher Wille der Regierung. Wir fordern, daß in einer Zeit, in der es ums Leben und Sterben des Volkes geht, in der auswärtige, wirtschaftliche und finanzielle Fragen unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen müssen, verfassungsgerechte Kämpfe zurücktreten müssen. Die Regierung wird mit Entschiedenheit alle Versuche einer gewaltsamen Umwälzung bekämpfen. Dann wird in dem Programm weiter ausgesprochen die völlige Gleichberechtigung aller Deutschen, die Ablehnung jeden Versuches zur Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder zur Billigung von Vorrechten an eine Klasse. Als Politik wird die Politik der Wertschätzung und des Ausgleiches auf politischen, sozialen und kulturellem Gebiet hingestellt und jedem Klassen- und Rassenhaß der Kampf gesagt. Bei der Besetzung der nicht rein politischen Ämter soll die persönliche Tätigkeit, nicht die Parteizugehörigkeit zur Voraussetzung gemacht werden. Von den Beamten wird verlangt, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind in ihrer Untätigkeit die Regierung schuldlos zu unterführen.

Der ersten englisch-französischen Vorbesprechung für Spaa war eine zweite in Hloh Georges Sommerfisch. Hyde bei Follestone, zwischen Hloh George, Curzon, Chamberlain, Marshall Wilson und Willerand, Marschal, Marschal Foch, geleigt. Es handelte sich hier in Follestone um eine englisch-französische Vorbesprechung in Boulogne, in der man sich über Spaa einigen will. Nachdem dann nach diesen zahlreichen „Vorbesprechungen“ — es mögen noch einige folgen — sich die Alliierten über alles geeinigt haben, und alles festgelegt haben, sollen dann die „Versammlungen“ von Spaa folgen, an denen Deutschland zwar offiziell gleichberechtigt teilnehmen soll, aber tatsächlich auf das schon fest beschlossene keine Einwirkung mehr haben wird. Deutschlands

West
 Name
 Gehringer
 angeheißt,
 20prozent
 eine Erbs
 und die
 rungen
 denn seß
 Guldin g
 Am 2
 der erwie
 Westfäl
 Bei der
 beßtes
 Vertreten
 schätzte
 nemende
 beschloß,
 zu werden
 mung und
 Eingehen
 Minister
 die erne
 Klärung
 10 der M
 hrestelli
 amter und
 und beari
 Hausfrie
 gegen 6 in
 Der Vor
 amtes nach
 am Schlu
 Infolg
 der Weid
 ster Zeit
 feischen G
 rechnen.
 (Der 1
 21. Juni
 Tageslän
 Nachläß
 Johannisa
 mende, beg
 herbingert
 Im Jan'e
 die Taxeob
 Viele schön
 aber die S
 reicht, es g
 der Johann
 rer Tag, un
 spielen nich
 dern auch
 noch eine M
 (Neu
 Der Reichs
 nung betref
 öffentlichen
 biete der Re
 und Münz
 Danach erh
 10. März
 lauf der M
 fünf Wasse
 begehrtet
 bel mit C
 Gelbtraje
 dieser Stra
 Munition z
 oder Sachse
 bis zu 5
 Umständen
 Dortm
 zettlicher
 fünfzig S
 Hundeshö
 konnte aber
 Skimalnab
 werben, als
 Düsseldorf
 (8) We
 ritzer Pla
 geführt hat
 kommen un
 Bzg." mitte
 der Glorab
 Maße des
 gegen 10 M
 schule, die
 angebach
 bisher nicht
 Unfallsun
 nen, daß b
 terzug von
 gen und d
 zu berauch
 (A) Wie
 Sonntag
 wurde eine
 angezwö
 gegangen
 20 Jahre al
 bunfem M
 Verleade,
 tipensbeleg
 dem Befah
 Monate in
 Gf. n.
 rädlichen
 Verfamml
 gen der Trag
 genommen
 wandte sich
 verordneten
 Stabstabsal
 Weite er
 wichtigen
 wichtigen
 Kinderzuga
 woid, wäh
 nichtig bei
 Mittwoch,
 rüteltes ul
 richtet und
 prozent
 stehenden
 1.50 M. je
 für alle M
 Stabstabsal
 besten For
 die 20-
 geimeine
 wenn in

Samen, 23. Juni. (Begehrendes.) Die Steuerungen an Angehörige, auch an Hausangestellte, sollen ebenfalls dem 10- bezw. 20prozentigen Steuerabzug unterliegen, da sie eine Erhöhung des Einkommens darstellen. Auch dieser Punkt dürfte zu manchen Weiterungen füh-er. Vielleicht aber auch nicht, denn selbst die Steuer auf der menschlichen Gutmütigkeit nicht gar zu viel zutragen.

Am Sonntag den 13. Juni tagte in Hagen der erweiterte Vorstand des Provinzialverbandes Westfälischer Haus- und Grundbesitzer-Vereine. Bei der Aussprache über die Frage des Hausbesitzes wurde von den zahlreich erschienenen Vertretern mit Bedauern nach Kenntnis genommen, daß der Hausbesitz im neuen Wertschätzungsrat nur durch 2 vom Stützpunkt zu ernennende Herren vertreten sein soll. Es wurde beschloffen, mit allen Mitteln dahin vorzustreben, daß eine solche Anzifferung eine-igung unter allen Umständen herbeiführ- wird. Eingehend berichte wurde über die mit dem Minister über die geordneten Veran-lagen die eine weitere für den Hausbesitz günstige Klärung über die Auslegung der §§ 8 und 10 der Mietschätzungsverordnung herbeiführ- hergestellt wurde auch, daß die Mietzinssteuerämter und Wohnungsbeamten, sowie die Sachverständigen und bescheidenen Wünschen und leichten der Hausbesitzer ein viel besseres Verständnis entgegen-bringen, wie im Anfang des Best-ens. Der Vorherrsche des Hagens Wertschätzungs-amtes nahm an der Versammlung teil und dankte am Schluß für die ihm geg-brachten An-ragen.

Spätere Rändig-mache der Unkosten bei der Beschaffung von Schlachthof ist in nächster Zeit mit einer weiteren Verkleinerung des frischen Fleisches und der Wurstwaren zu rechnen.

(Der Ringelzug im Jahre ist da.) Am 21. Juni - Sommers-Anfang - dauert die Tageslänge 16 Stunden 45 Minuten, die Nachtlänge 7 Stunden 15 Minuten. Vom Johannisnacht, den Tage der Sommerjonnenn-zeit, beginnt der Abstieg; am 24. Juni verringert sich die Tageslänge um 1 Minute. Im Laufe des ersten Sommermonats feiert sich die Tagesdauer bereits um rund eine Stunde. Viele schöne Tage stehen uns noch bevor, bevor das Laub an Baum und Busch sich färbt, aber die Sonne hat ihren heißesten Stand erreicht, es geht abwärts im Jahr. Darum ist der Johannisnacht auch heute noch ein besonderer Tag, und die Wunder der Johannisnacht spielen nicht nur in Sagen und Märchen, sondern auch in der Phantasie der Gegenwart noch eine Rolle.

(Zur West-nacht im Indus-triegebiet.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Ge-biete der Regierungsbezirke Düsseldorf, Bielefeld und Münster benötigten weiteren Maßnahmen. Danach erhält im § 2 die Verordnung vom 10. März folgende Fassung: Wer nach Ab-lauf der Wleerungsfrist vorzüglich oder unbe-lugt Waffen oder Munition von der im § 1 bezeichneten Art im Besitz oder Gewahram hat, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten Waffen oder Munition zu Gewaltthaten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so besteht Strafe bis zu 5 Jahren Gefängnis, bei milderen Umständen Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Dortmund, 22. Juni. Bei einer hoch-geitsfeier wurde der 26jährige Kaufmann Fritz Schulte, Wallinderstraße, von dem Hundehändler Heinrich Heitmeier, Lamm-straße 19, erschossen. Der Täter floh, konnte aber schon nach kurzer Zeit von der Kriminalpolizei auf den Südbahnhof verhaftet werden, als er bereits eine Fahrlarte nach Düsseldorf geflohen hatte.

(8) Westfalen, 22. Juni. Ein verbreche-licher Plan, der ein großes Unglück herbei-geführt hätte, wenn er zur Ausführung ge-kommen wäre, wurde hier, wie die „Schm. Ztg.“ mitteilt, noch rechtzeitig entdeckt. Auf der Eisenbahnstrecke Bielefeld-Sagen in der Nähe des Steinbruchs Rüding fand abends gegen 10 Uhr ein Streckenwärter zwei Hemm-zeuge, die von Verbrecherhand auf den Gleisen angebracht waren. Ueber die Täterhaft konnte bisher nichts ermittelt werden; man hat aber Anhaltspunkte festgestellt, welche ergeben haben, daß beschuldigter war, den nächsten Güterzug von Schreite zur Entgleisung zu bringen und die dabei zertrümmerten Waggon-s zu berauben.

(9) Westfalen, 22. Juni. (Eingebunden.) Sonntag nachmittag wurde unweit der Kaiser-lide eine mörderische Leiche von der Bahn-angefahren, die schon fast in Verwesung über-gegangen war. Es handelte sich um eine etwa 30 Jahre alte Person; derselbe war dieselbe mit buntem Mantelkleid und schwarzer gefärbter, überladener, rötlicher Unterkleide und weißen, spitzenbekleimtem Hemd mit Schürzenflur. Nach dem Befund hat die Leiche bereits mehrere Monate im Wasser gelegen.

Essen, 22. Juni. (Sohnforderungen der städtischen Arbeiter.) An einer stattgehabten Versammlung der städtischen Arbeiter wurde von der Frage der Lohnbewegung Stellung genommen. Der Hauptredner der Versammlung wandte sich gegen den in der letzten Stadt-verordnetenversammlung gefaßten Beschluß der Stadtvorstandtag, wonach eine Regelung in der Weise erfolgen solle, daß den in den lebens-wichtigen Betrieben beschäftigten Arbeitern eine Kinderzulage von 1.50 Mk. für den Tag gewährt wird, während die übrigen Arbeiter unterhalb-tätig bleiben sollten. Es wurde ein als Mittwoch, den 23. Juni, 12 Uhr mittags, be-rufenes Ultimatum an die Stadtvorstandung ge-richtet und darin gefordert, daß eine zehn-prozentige Lohnerhöhung auf die be-stehenden Gehälter und eine Kinderzulage von 1.50 Mk. je Tag und Kind unter 14 Jahren für alle Arbeiter bewilligt werde. Sollte die Stadtvorstandung bis zu dieser Frist den ge-stellten Forderungen nicht nachkommen, so ver-ordnen die Arbeiter in den einzelnen Betrieben eine geheime Abstimmung vornehmen lassen und, wenn sich eine Mehrheit ergibt, in den Ausstand treten.

Öfen, 19. Juni. Das Gefährdungswort. Das während der Kämpfe am Kanal der Döpel-Brücke von den Sozialisten an der Zweigedbrücke unternommen worden wurde die Hintergründ um Veränderung von dem außerordentlichen Gericht in Effen. Als am Donnerstag die Stellung des Sozialisten, die die Hochgerichte besetzt hielten, unfähig waren, war es möglich, die Sozialisten, die Brücke vor ihrem Abzug in die Luft zu sprengen. Der rasche Vorstoß der Sozialisten nötigte die Sozialisten zu überflüssiger Flucht, so daß die Brücke nur teilweise gesprengt werden konnte. Für die Sprengung der Brücke waren 150 Pfund Dynamit herbeigeführt worden. Der sozialistische Sicherheitsbewachmann Kizzas danach (als am Tage der Brückensprengung in den Augenblicken zu dem Baumturmener Canibus und verlangte, daß er an seine alte und Dynamit vom Schacht 'Kiz' hole. Der Sozialist hinabzuführen, gezwungen mit dem Kiz in die Luft zu springen. Das Dynamit wurde in der Luft zum Sprengen gelassen. Am folgenden Tage wurde die Brücke wieder hergestellt. Am folgenden Tage wurde die Brücke wieder hergestellt. Am folgenden Tage wurde die Brücke wieder hergestellt.

(V) Elberfeld, 22. Juni. (Uebertrugene Meldung.) Die von einem Berliner Mittagblatt gebrachte Meldung über neue Unruhen in Elberfeld und Streik der Eisenbahner entspricht nicht den Tatsachen. Lediglich die Angehörigen der über das bergische Land verlaufenden Barmer Straßenbahn sind wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Büßdorf, 22. Juni. (Für Einführung des freien Handels.) In einer hier abgehaltenen Zusammenkunft der Leiter der rheinisch-westfälischen Lebensmittell- und Wucherämter, in der einheitliche Richtlinien zur Bekämpfung des Wuchers und Schlechthandel festgelegt werden sollten, machte erster Staatsanwalt Comers-Essen den Lebensmittellämtern den Vorwurf, daß sie den Standpunkt verträgen, sich um die strenge Durchführung der Nationierung nur dann kümmern zu können, wenn die Gemeinden von der Regierung genügend mit Lebensmitteln versorgt würden. Deshalb hätten die Lebensmittellämter: Schieber- und Schlechthändler in der allergrößten Masse getrieben und Schlechthändler und Schlechthändler Vorzug gegeben. Auch die Wucherkassen beschuldigte er, daß sie mit wenigen rühmlichen Ausnahmen Wucher und Schlechthandel stillschweigend duldeten und sich an der Bekämpfung dieser Auswüchse nur in geringem Maße beteiligten. Das Gesetz müsse revidiert werden. In der letzten Aussprache traten die meisten Redner für den allseitigen Abbau des heutigen Systems und Einführung des freien Handels ein. Einige bezeichneten die Wirtschaftspolitik der Regierung als wahnwitzig und forderten namentlich die sofortige Aufhebung der die Lebensmittel so unnötig verunsichernden Wucherämter. Der Wucher habe längst eingesehen, daß nicht das Nationierungssystem, sondern der freie Handel die Verhältnisse leistungsfähiger mache. Die Vermassung beschloß, die Angelegenheit in der rheinisch-westfälischen Städtevereinigung nochmals zu besprechen, um alle Unterlagen zur Stellung bestimmter Anträge an die Regierung zu gewinnen.

Neurges, 22. Juni. (In zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.) Vor kurzem hat hier die Große Sicherheitspolizei ein Waffenlager aufgefunden und im Zusammenhang damit, den Kommunisten Franz Kaiser verhaftet. Das außerordentliche Kriegsgericht in Neurges hat Kaiser jetzt zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mainz, 22. Juni. (Keine Karloffschiffungsverträge.) Eine Mainzer Besprechung zwischen der Stadtverwaltung, den Gewerkschaften, Verbrüchern und sämtlichen Landwirtschaftsverbänden der Provinz Rheinpfalz betraf das Stühnen der Karloffschiffungsverträge als unzulänglich. Man zieht die ganz freie Wirtschaft vor.

Ueber die Neuordnung der Karloffschiffungsverträge

hielt, wie der „Westf. Anz.“ berichtet, Kartellkommissionäre Harde- und Entrop in der letzten Versammlung des landwirtschaftlichen Arbeitsvereins Hamm einen Vortrag, in welchem der Referent ausführte, daß er vor einiger Wochen Gelegenheit hatte, an den Beratungen über die Neuordnung der Karloffschiffungsverträge in der Mitte 1920 in Berlin teilzunehmen. Obwohl der gesamte legitime Karloffschiffandel, vertreten durch den Deutschen Karloffschiffverbrücherverband, für die Aufhebung der Zwangsschiffung eintrete, war es besonders der Deutsche Südtag, der absolut die Zwangsschiffung beibehalten wünschte. Um nun ein Bild über die geplante Neuordnung der Karloffschiffung aus der Mitte 1920 zu gewinnen, sei es anzunehmen, daß die diesjährige Art der Karloffschiffung zu erklären, um so ein Bild zu gewinnen, wie sich die beiden Arten der Zwangsschiffung gegenüberstehen. Im Jahre 1919 wurde, nachdem die Grundsatzentscheidungen fällig geworden, die in den Hamm-Verbrüchen der Karloffschiffung über den Bedarf festgestellt war, bei der Reichsartoffelschiffung das das zu erhaltende Umlageverfahren ausgearbeitet. Die Schätzung der einzelnen Verbrücher der kommunalen Verbände wurde als nicht geltend betrachtet, sondern man ließ durch sogenannte Verbrüchensmänner der Reichsartoffelschiffung eine Schätzung vornehmen. Die Reichsartoffelschiffung machte dann die einzelnen Umlagen an die Provinzialartoffelschiffung und diese an die kommunalen Verbände, womit die Verbrüchung des Reichsartoffelschiffung an die Reichsartoffelschiffung erfolgt war. Wie der kommunalen Verbände Hamm bei der Schätzung durch die Verbrüchensmänner der Reichsartoffelschiffung gefahren ist, ergebe sich aus folgender Gegenüberstellung: Nach der vorjährigen Schätzung hatte der kommunalen Verbände Hamm unter genauer Annäherung der Schätzungen und der Schätzungen (pro Morgen 10 Zentner) noch einen Bedarf für die Verbrüchensartoffelschiffung in Höhe von 287 000 Zentner. Die Reichsartoffelschiffung hatte jedoch durch ihre Verbrüchensmänner eine andere Schätzung herausgefunden und zwar nicht 48 Zentner, wie der Durchschnitt des Reichs, sondern 65 Zentner pro Morgen, also 17 Zentner mehr. Die Reichsartoffelschiffung hatte dem Reich nur 217 000 Zentner zu geben, um die verbrüchensartoffelschiffung zu decken, von woherin 70 000 Zentner fehlten, die unter der Hand gekauft werden mußten. Später hat die Reichsartoffelschiffung in Folge der Herabsetzung der Wucherzinsen die zugeleitete

Zur die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

(TU) Frankfurt a. M., 22. Juni. Eine von dem landwirtschaftl. Verein Hessen, Nassau, Reichshandelsverband, Metzgerverband und dem Frankfurter Hausfrauenbund eintreffende Versammlung beschäftigte sich gestern mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Aus der Debatte ist erwahnenwert eine Aeußerung des Landtag abgeordneten Emil Goll, der es als unangeheuerlich bezeichnet, in welcher Geist der Weiche die Regierung die Entschärfungsfrage behandelt. Eine gewaltige Wellensturm müsse die Zwangswirtschaft hinwegjagen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der die Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangt wird.

— (Das Endergebnis der Berliner Grumirwahlen.) Nach dem nunmehr vorliegenden Endergebnis der Wahlen zur Einigkeitsschicht Grob Witten ergaben die U. S. B. D. 8 Mandate, die S. P. D. 38, die Deutsche Volkspartei 40, der Demokratische Verein 16, die Deutschnationalen Partei 26 den Zentrum 3, die Wirtschaft, Vereinigung 9. Den beiden Sozialdemokratischen Parteien mit 123 Mandaten fielen 99 Mandate aller übrigen Parteien gegenüber.

— (Eine verkehrte Stellungnahme.) In einem vom Abgeordneten Thomas Heanrichs beschlossenen internationalen Seemanns-Kongress wurde ausdrücklich davon Abstand genommen, ein Urteil über die Kriegsgewinn des Uoostkrieges zu fällen, den wie es heißt, Deutschland in seiner Not zur Verteidigung gegen die Blockade begonnen habe.

— (Eine Falschung.) Von amtlicher Seite wird bekanntgegeben: Das „Echo du Nord“ vom 17. 6. 1918 bringt den Wortlaut des angeblichen Scheinbeschlusses des Abwehrens-Stimmungsrats mit der Unterschrift des Obersten v. Seebe, worin die

Unterbringung der bisherigen Inhaftierten und auf ihren Plätzen in gute Stellungen gefördert wird, damit man später auf sie zurecht kommen kann. Ein Vöbel giechen oder ähnlichen Inhalts erging ferner des Reichsverministers in einem Bescheid. Es kann sich nur um eine Zuchthaus handeln.

— Das Urteil im Zuchthausprozess. Nach zweitägiger Dauer ist der Prozess gegen die Angehörigen des Brandenburgischen Zuchthaus beendet worden. Das Urteil lautete gegen den Angeklagten Anton auf 2 Jahre Zuchthaus, gegen Sänger auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen Kraffenberg und den flüchtigen Verbrecher Schäfer auf je 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, gegen Casch auf 1 Jahr Gefängnis, gegen Jsaat auf 9 Monate Gefängnis, gegen Contewitz auf 6 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Jhesl und Orth wurden freigesprochen. Die Beurteilung der Angeklagten Jsaat, Sänger, Schäfer und Kraffenberg erfolgte wegen schwerer, die der anderen wegen leichter Meuterei.

— Von einer eigenartigen Wette war in einer Breslauer Zeitungs Mittheilung gemacht. Der Herr Ernst Bretschart erlebte eine von der Berliner Firma M. angebotene Wette um 500 Mark innerhalb weniger Minuten zu seinen Gunsten. Er schlug durch ein von dieser Firma angekauftes Kleidernetz (55 Millimeter stark mit der bloßen Hand eine ganze Anzahl Nadeln und zerließ eine ebenfalls angekaufte starke Eisenkette in 2½ Minuten. Von den gewonnenen 500 Mark schickte Bretschart 250 Mark für die Breslauer Armen.

— Der Osen als Verbrecherversteher. Der Kausler Richard Nagel in Berlin wurde durch Kriminalbeamte in seiner Wohnung im Osen verhaftet festgenommen. Nagel wurde seit langem wegen schweren Verbrechens gesucht und hat jedesmal beim Durchsuchen seiner Wohnung den Osen als Versteck benutzt.

— Ein Urteil des marokkanischen Kriegsgerichts. Die Studentin Elisabeth Dattessen aus Hensburg, die unlängst wegen angeblicher Verleumdung der Belgianastruppen und der Fahne der französischen Armee nach einer von der Jugendgruppe des Botschafters in Ludwigshafen veranstalteten Versammlung verhaftet wurde, dann aber nach Ueberführung vom Kriegsgerichtsgefängnis nach dem städtischen Krankenhaus nächstherwelle entflohen, wurde vom Kriegsgericht des marokkanischen Division in Almeria seitlich zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mar. Geldstrafe verurteilt. Die beiden Vorsitzenden der betz. Versammlung, ein Student und eine Schülerin, wurden zu je 3000 Mar. Geldstrafe verurteilt, weil sie die Rednerin weiterreden ließen, ohne einzuschreiten.

— Internationale Regelung des Luftverkehrs. Abmachungen über die Regelung des internationalen Luftverkehrs werden in Kürze in allen affizierten Staaten in Kraft treten. Der Text des Uebereinkommens, das sich mit den Nationalitätsabzeichen der Maschinen befaßt, wird ferner die Frage der Führer-Befähigungszugnisse regeln und Bestimmungen über Luftkassette erlassen. Die Zollvorschriften sind nach dem Prinzip getroffen worden, daß jedes Land die Souveränität in dem Aufgabebereich über seinem Lande zugesprochen wird. Den feindlichen Staaten soll gestattet sein, den Konvention beizutreten.

— Amiesenkämpfung. Zur Bekämpfung der Amiesen, die im Garten vor allem aber an edlen und seinem Obel großen Schaden anrichten können, empfehlen sich folgende Maßnahmen: Man gießt in den ausgetrockneten Ameisenhaufen mit siedendem Wasser, dem einige Löffel voll Brennöl beigegeben sind. Heiße Lauge, Petroleum, Benzin oder Schmelzschmelzöl führen auch zum Ziel. Eine Lösung von schwarzem Seife, gewöhnlichem Seife, einem Duzend Tropfen Benzin auf einen Eimer, auf die geschützten Haufen geschüttet, tötet die Amiesen sofort; indeß darf diese Flüssigkeit nicht mit den Blättern oder Wurzeln der Pflanzen in Berührung kommen. Grasse Walnussbaum-, Kirschen-, Pfirsich-, Apfelmis- oder Tomatenblätter auf die Reiser und Gänge gelegt und zeitweilig erneuert, vertreiben durch ihren starken Geruch die Schädlinge. Gegen Abend, wenn alle Amiesen in den Haufen zurückgekehrt sind, gießt man einen halben Eimer menschlichen Urin alle 2 bis 3 Tage auf ihn. Um die Obstbäume zu schützen, legt man am Fuß des Stammes mit Zucker oder Honig getränkte Stacheldrähte aus, die, wenn sie von Amiesen recht voll sind, in jedesmaliges Wasser gerufen werden. Man kann auch den unteren Teil des Stammes mit einem Teerfetzen oder einem weichen und mit Bettrampelpulver überstreuten Aufschlappen umgeben, für Moesjode besonders empfehlenswert. Man kann die Amiesen von Blumen fernhalten, indem man unter einen 5 Zentimeter breiten Kreisfetzen oder Aufschlag von Sand mit Kaminruß gemischt und inigt. Derselbe, um den Stamm gestreut, hält die Amiesen ebenfalls fern. An befeuchten Spätkornen hängt man da und dort in das Geäst Papierfäden, die ein wenig mit Honig gesalbt sind. Nachdem sich die Amiesen dort angesammelt haben, sind die Fäden zu verbrennen. Zur Ergründung dieser Maßregeln können Obstbäume mit Kalkmilch oder schwarzer Seife besprüht werden.

— Nicht wohl stimmen. „Nach der acht Tagen befehle ich Sie Freund, er liebe Irmgard — und heute ist er Feuer und Flamme wie grüne Erde. Wen liebt er denn eigentlich?“ — „Na! Jedenfalls die Altheim!“

Kleine Nachrichten.

Wie das B. T. erzählt, wird von den Simaribischen den Gefangenen und Häftlingen gegen die 14 Marokkanischen Studenten und einige Jäger ein Scharfschützenverfahren wegen tödlicher Körperverletzung und tödlicher Verleumdung vor dem Zivilgericht anhängig gemacht werden.

Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge kündigte die japanische Regierung die Entsendung weiterer Truppen nach Sibirien an.

Unmittelbar nachdem Amara und Deiruz und die ganze Küste Marokkos durch die japanischen Truppen geräumt war, besetzten die südländischen Truppen das genannte Gebiet. In Marokko befinden sich noch andere Truppenabteilungen mehr.

A vertical grayscale calibration bar, likely from a color calibration target, showing a smooth gradient from black at the bottom to white at the top. It is used for ensuring color accuracy in digital imaging.

